

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 9

Artikel: Eine hoffnungsvolle, eine mutige Tat
Autor: Mahrer, René
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141792>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

grosse Gefahr. Der Schreibende wohnt in einer Wohnbaugenossenschaft in Zürich und weiss, dass ein um ein Viertel Prozent höherer Hypothekarzins fünf Prozent Mietzinssteigerung bedeutet. Es ist jeweils eine bittere Pille für die Vorstände der Wohnbaugenossenschaften, ihren Mietern wieder eine Erhöhung des Mietspreises bekanntzugeben. Die Wohnbaugenossenschaften sind ja gegründet worden, um für ihre Mieter möglichst billige Wohnungen zu schaffen. Aber eben, unser oberster Finanzchef, Bundesrat Celio, hat ja eine neuerliche Erhöhung des Hypothekarzinses für nächstes Jahr vorausgesagt, und er muss es ja wissen. Die meisten Menschen in unserem Lande, nicht allein die Arbeiter, sind nicht im Besitze eigener Wohnungen und sind deshalb auf die Wohnungen der Hausbesitzer angewiesen. Man sollte darum annehmen dürfen, dass diese Mehrheit in unserem Volke vor der Ausbeutung durch die Boden- und Häuserbesitzer durch eine gerechte Regelung im Wohnungswesen geschützt werde. Dies soll durch die Annahme dieser zur Abstimmung gelangenden Volksinitiative geschehen. Dieser Abstimmungskampf wird mithelfen, dass viele unserer Bürgerinnen und Bürger über unsere sozialen Fragen nachdenken. Es ist zu hoffen, dass mit der eventuellen Annahme dieser Initiative auch der Wille gestärkt wird, die daraus entstehenden Korrekturen für eine gerechte Wohnungspolitik zugunsten des arbeitenden Volkes durchzusetzen.

Also am 27. September ein Ja für das «Recht auf Wohnung» in die Urne.
Hans Anderfuhren

Eine hoffnungsvolle, eine mutige Tat

Nachdem sich vor Jahresfrist junge Offiziere kritisch mit der neuen inneren Ordnung der Bundeswehr auseinandergesetzt haben, veröffentlichten nun dreizehn wehrpflichtige Soldaten in Bonn ihrerseits eine Studie, die «Studie 70».¹ Zum erstenmal erhebt damit, öffentlich und weithin vernehmbar, die *Basis* der Armee ihre Stimme. Dazu braucht es Mut. Schon haben sich zahlreiche Soldaten der Studie und ihren Forderungen angeschlossen. Das Papier setzt sich mit der neuen harten Welle auseinander, die von der Generalität und dem Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt dem angebrochenen Jahrzehnt als neue Truppenordnung einverleibt werden soll. (Eingehend darauf hingewiesen wurde im Aufsatz «Machen die Generale wieder Politik?» in Nr. 5 der «Neuen Wege».)

Die Studie «Soldat 70» kritisiert, präzisiert Vorschläge und stellt Forderungen. Im Endeffekt fordert sie die Demokratisierung der Bun-

* Vollumfänglich abgedruckt in «Blätter für deutsche und internationale Politik», Nr. 8/70, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

deswehr. Kaum erschienen und in den Kasernen zur Verteilung gelangt, löste sie an höchster Stelle Verwirrung und Unsicherheit aus. Zuerst stellte der Verteidigungsminister die Diskussion von «Soldat 70» im Rahmen eines «Wehrpflichtigen-Parlamentes» in Aussicht. Drei Tage später verbietet Generalinspekteur de Maizière mit sofortiger Wirkung die Verbreitung und Diskussion des Papiere in den Kasernen. Und wie nicht anders zu erwarten, soll stellvertretend an zweien der Initianten die Reaktion des militärischen Establishment durchexerziert werden; sie sind aus der Armee entlassen worden, und es erwartet sie («wegen staatsgefährdender Zersetzung») der Prozess. Offensichtlich sind auch wir im Westen noch nicht frei genug, um Gedankenfreiheit gewähren zu können. Nachfolgend die Einleitungssätze der Studie und einige Punkte des sich über sechs Druckseiten ausweitenden Dokumentes, das Gewissensnot, innere Sauberkeit und erhebliches Nachdenken verrät.

«Alle reden von der Bundeswehr. Wir auch. Wir sind junge Arbeiter, Angestellte und Abiturienten, die zurzeit ihren Wehrdienst ableisten. Wir haben eine grosse Gemeinsamkeit mit den meisten unserer Kameraden: Dieser Barras stinkt uns!

Denn wir haben erfahren, dass der Anspruch der Bundeswehr, für Frieden und Demokratie einzustehen, im Widerspruch zur Wirklichkeit steht. Wir haben erfahren, dass die Bundeswehr von Männern geführt wird, denen alles Militärische zum Lebensinhalt und Selbstzweck geworden ist. Wer aber nicht mehr bereit ist, das Militär grundsätzlich in Frage zu stellen, stellt eine ständige Bedrohung für friedliches und ziviles Leben dar . . .

Wir müssen leider feststellen, dass die Meinung der Mannschaften und der Wehrpflichtigen anscheinend völlig uninteressant ist . . .

Wir wenden uns an die Gewerkschaften, an die Jugendverbände und alle demokratischen Vereinigungen, unsere Probleme zu erkennen und uns zu helfen.

Wir wenden uns an die demokratischen Journalisten, über unser Anliegen objektiv zu berichten.

Wir wenden uns an den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages: Wenn Sie das Zutrauen, das wir Soldaten zu Ihrem Amt schon lange nicht mehr haben, wiedergewinnen wollen, dann unterstützen Sie unsere Forderung!

Verlesen Sie unser Papier «Soldat 70» vor dem Deutschen Bundestag! Vor allen Dingen wenden wir uns an unsere Kameraden: Setzt Euch mit unseren Gedanken auseinander. Diskutiert sie in den Kasernen und in der Öffentlichkeit. Unterstützt unsere Forderungen. Schreibt uns Eure Meinung . . .

Die da «oben» sind erschreckt über die weiter anwachsende Zahl derer, die nicht zum Bund wollen und den Kriegsdienst verweigern. Deswegen werden diese jungen Menschen in politischer Quarantäne

gehalten, und ihr Idealismus wird durch einen stumpfsinnigen Ersatzdienst verhöhnt.

Die da «oben» sind schliesslich besonders deshalb erschreckt, weil die Zahl derer wächst, die sich nicht in politische Quarantäne stecken lassen und sich als Staatsbürger nicht vorübergehend pensionieren lassen wollen, sondern als Soldaten für Demokratie und Frieden eintreten . . .

Immer wieder wird uns erzählt, Soldaten seien «Staatsbürger in Uniform». Wir aber haben das Gegenteil erfahren müssen. Die freie Meinungsäusserung endet hinter dem Kasernentor. Wer seine Meinung kritisch und offen zu allen Fragen sagt, wird daran gehindert und bekommt Druck . . . deswegen fordern wir:

- Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung aller Soldaten im Rahmen des Grundgesetzes, ausserhalb und innerhalb der Kasernen.

- Volles Recht auf Demonstration, auf Flugblatt- und Plakataktionen.

Uns wird immer wieder gesagt, die Bundeswehr sei ein Instrument zur Sicherung des Friedens.

Wir aber haben das Gegenteil erfahren.

Ständig vermittelt man uns ein ganz bestimmtes «Feindbild». In der Grundausbildung, im Schiessstand, in der «Aktuellen Information», werden wir auf den Fall «Rot» gedrillt. Der Feind steht demnach ausschliesslich im Osten. In den Winterhärteübungen wird uns klar gemacht, was wir im «russischen Winter» durchzustehen haben. Wir pauken sowjetische Panzertypen und den Aufbau der Armeen der sozialistischen Länder.

Wir müssen feststellen, dass eine solche «Ausbildung» sich nicht wesentlich von der Zielsetzung der Hitler-Armee unterscheidet, die sich als ein Instrument des Krieges und der Eroberungspolitik verstand. Dieser Geist dient nicht der Friedenssicherung. Dieser Geist ist bestimmt vom «Ostlandreitertum» und soll uns bereit machen, Revanche zu nehmen für den Zweiten Weltkrieg . . .

Deshalb fordern wir:

- Endlich Schluss mit dem Antikommunismus.

- Schluss mit der Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die DDR und alle anderen sozialistischen Länder . . .

Uns wird immer gesagt: Die Bundeswehr schützt die Freiheit der Bürger unseres Landes. Wir haben das Gegenteil erfahren: sie bedroht unsere Freiheit.

Wir werden gezwungen, für sogenannte «innere Krisenfälle» zu üben. Wir müssen die Niederschlagung von Streiks und den Einsatz gegen Demonstranten proben. Letzten Endes bedeutet das: Wir sollen gegen unsere eigenen Kollegen in den Betrieben, wir sollen am Ende gegen uns selbst und unsere eigenen Interessen vorgehen. Die Notstandsgesetze haben der Bundeswehr grünes Licht dafür gegeben. Was in Grie-

chenland passiert ist, haben wir nicht vergessen. Wir weigern uns, den Steigbügelhalter für eine Militärdiktatur zu spielen, und fordern deshalb:

- Die Beseitigung der antidemokratischen Paragraphen des Soldatengesetzes.

- Weg mit der Notstandsgesetzgebung.

Unterbindung aller Versuche von Anfang an, Kameraden durch Sonderausbildung zur Bespitzelung anderer Kameraden zu erziehen und zu zwingen . . .

Uns wird immer wieder gesagt: In der Bundeswehr gibt es keinen Neonazismus. Wir aber haben erfahren müssen, dass die Bundeswehr ein wahres Paradies für die alten Kommissköpfe, Unteroffiziere und Offiziere der Hitler-Wehrmacht ist. Sie machen in «Traditionspflege» und verherrlichen die soldatischen Prinzipien der Nazi-Armee . . .

Vor der Einberufung wird immer wieder gesagt, dass durch den Militärdienst keine sozialen Härten auftreten. Wir haben das Gegenteil erfahren. Die Regierung behandelt die Soldaten ungerecht – sie werden sozial benachteiligt und politisch entmündigt . . .

Wenn Schmidt und seinesgleichen den Neid der Arbeiter in Uniform auf ihre jungen Kollegen in den Betrieben züchten wollen, indem sie davon sprechen, dass «die einen dienen und die anderen verdienen», so fordern wir: Wer dient, soll auch verdienen! Denn das ist das Gesicht der Schmidtschen «Gerechtigkeit»: Der junge Facharbeiter in Uniform hat bis zu 90 Prozent weniger Geld als vorher. Aber die Industriebetriebe, die ins Rüstungsgeschäft einsteigen, haben nicht nur den gleichen Profit wie andere Unternehmer, sondern sogar noch mehr. Wir wehren uns dagegen, dass wir gegen unsere Kollegen mit Neid aufgeladen werden sollen.

Deswegen meinen wir, wenn schon so viel von Gerechtigkeit geredet wird, müssen folgende Forderungen vorrangig verwirklicht werden:

Erhöhung des Wehrsoldes auf mindestens 350 DM für Abiturienten, Lehrlinge, Studenten oder 90 Prozent des vor der Wehrdienstpflicht erreichten Brutto-Einkommens . . .

Wer mehr Wehrpflichtige statt weniger einziehen will, wer von einem sozialen Pflichtjahr für Mädchen träumt, wer von einer «Wehrsteuer» für «Nichtdienende» redet, der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er, wie Hitler es mit seiner totalen militärischen Volkserfassung getan hat, einer militärischen Lösung der gesellschaftlichen Probleme den Vorrang gibt. Von solcher «Gerechtigkeit» haben wir und unsere Eltern seit dem Zweiten Weltkrieg die Schnauze voll.

Wir wenden uns an unsere Kollegen und Kameraden!

Hier haben Soldaten ihre Forderungen erhoben und ihre Meinung gesagt. Hiermit haben wir einen Anfang gemacht, damit auch die Stimme der Wehrpflichtigen gehört wird.

Diese Gedanken werden wir in die Kasernen, Betriebe, Gewerk-

schaften und Jugendverbände tragen. Wir meinen nicht, dass unser Programm bereits vollständig und mit dieser Studie abgeschlossen ist.

Wir rufen dazu auf, dieses Programm zu diskutieren, es weiterzuentwickeln, es zu verwirklichen. Dafür sind wir zum Kampf angetreten.«

Es folgen die dreizehn Namen der Verfasser, ihre militärische Einteilung und die genaue Adresse. – Wie gesagt, eine hoffnungsvolle, eine mutige Tat.

René Mahrer

HINWEISE AUF BÜCHER

Hans Bräker: Kommunismus und Weltreligionen Asiens, Band I, 1. Kommunismus und Islam. 1969, J. C. B. Mohr, Tübingen. Fr. 30.–.

Dieses Werk über das Verhältnis des Kommunismus zu den Weltreligionen Asiens ist in zwei Bänden angelegt, wovon der erste Teil des ersten Bandes mit dem Untertitel *Religionsdiskussion und Islam in der Sowjetunion* über das Schicksal des Islam seit 1917 berichtet. Ein zweiter Teil von Band I wird sich mit *Islam und sowjetische Südostasien-Politik* befassen. Und Band II soll unter dem Titel *Kommunismus – Hinduismus – Buddhismus* erscheinen.

Der vorliegende erste Teil des ersten Bandes ist eine gründliche Analyse der Auseinandersetzung mit dem Islam in der Sowjetunion. Es werden darin gewisse Analogien zur Auseinandersetzung mit dem Christentum festgestellt, und der Verfasser kommt zum Schluss, dass es in den bisherigen fünfzig Jahren der Sowjetherrschaft in Russland nicht gelungen sei, die Religion als «Institution» und das religiöse Bewusstsein in der Bevölkerung restlos zu liquidieren. Falls der Leser mit dieser Abhandlung besonders einen Zugang zur Entwicklungsproblematik im asiatischen Raum zu gewinnen sucht, wird er mit gesteigertem Interesse die Fortsetzung erwarten, da das Ganze – nach dem Verfasser – das Ergebnis einer langjährigen Beschäftigung mit der Entwicklungsländer-Problematik und insbesondere mit der Frage der Anwendbarkeit des sowjetischen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialsystems in den Ländern Asiens ist. Nach der ausführlichen und klaren Problemstellung in diesem ersten Teil darf eine Auseinandersetzung mit dem aktuellen Problem der Berücksichtigung der Religionen Asiens in der Entwicklungspolitik erwartet werden.

B. W.

Prof. Dr. Kjeld Philip: Probleme der technischen Zusammenarbeit mit den am wenigsten entwickelten Ländern. Kieler Vorträge, Neue Folge 60. 1969, J. C. B. Mohr, Tübingen. Fr. 3.90.

Nach dem Verzeichnis der vorangehenden zwölf Hefte der *Kieler Vorträge* zu schliessen, greift dieser Vortrag des dänischen Professors Kjeld Philip zum erstenmal die Frage der Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern auf. Der Verfasser ist Chef der Verwaltungsstelle für technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Kopenhagen und befasst sich in dieser Arbeit besonders «mit den am wenigsten entwickelten Ländern». Diese Bezeichnung wird auch in den verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen verwendet, und es ist wichtig, dass sich die wissenschaftlichen Kreise für Weltwirtschaft darüber klarwerden, wie verschiedenartig die Bedürfnisse der Entwicklungsländer sind. In diesem Sinn kann dieser Vortrag auch für weite Kreise in